

# Kosovo

Franz-Lothar Altmann

Die von 22 EU-Mitgliedstaaten und dem Vereinigten Königreich international anerkannte Republik Kosovo ist eines der letzten Länder Europas, dessen Bürger Visa-Anträge stellen müssen, wenn sie in die EU einreisen möchten. Zum Teil ist das auch darauf zurückzuführen, dass fünf EU-Länder (Griechenland, Rumänien, Slowakei, Ungarn und Zypern) das Kosovo bisher nicht als selbstständige Republik anerkennen. Die EU ist im Kosovo durch ihre Sonderbeauftragten (EU Special Representatives, EUSR) und mittels der Rechtsstaatlichkeitsmission (EULEX) vertreten. Ein Stabilitäts- und Assoziierungsabkommen ist seit dem 1. April 2016 in Kraft.

Am 6. Oktober 2019 fanden im Kosovo vorgezogene Parlamentswahlen statt, aus denen die Bewegung Lëvizja Vetëvendosje! (Selbstbestimmung!) mit 26,15 Prozent der Stimmen als stärkste politische Kraft hervorging. Ihr Spitzenkandidat Albin Kurti wurde am 3. Februar 2020 im Parlament mit 66 der 120 Abgeordnetenstimmen zum neuen Premierminister gewählt. Eineinhalb Monate später, am 25. März 2020, zerbrach die Koalition aus Vetëvendosje! und der Partei Lidhja Demokratike e Kosovës, der Demokratischen Liga des Kosovo (LDK), am Streit über die richtige Strategie gegen die Covid-19-Pandemie, wobei die USA als treibende Kraft gegen die Kurti-Regierung aktiv war: Washington betrachtet Vetëvendosje! als linke und nationalistische politische Partei, die früher unter anderem auch das Recht vertrat, das Kosovo mit Albanien vereinigen zu dürfen. Washington wiederholte auch mehrfach, dass der Zollsatz von 100 Prozent auf Waren aus Serbien sowie Bosnien und Herzegowina ohne Bedingungen zurückgenommen werden müsse. Kurti war dazu nur bereit, falls Belgrad seinerseits die diplomatischen (und erfolgreichen) Bestrebungen beendet, die die Rücknahme von bereits erfolgten Anerkennungen zur Folge haben. Am 3. Juni 2020 bestätigte das Parlament in Pristina Avdullah Hoti, den stellvertretenden Vorsitzenden der LDK, als neuen Premierminister. Die neue Koalitionsregierung, die von vier Parteien und einigen Minoritätenvertretern gebildet wurde, hat im Parlament nur die knappe Mehrheit von einem Abgeordneten (61 von 120) und wird deshalb als äußerst instabil beurteilt, weshalb baldige Neuwahlen erwartet werden. Innenpolitisch verschärft wurde die Lage noch durch die Vorladung von Präsident Hashim Thaçi und Kadri Veseli, Chef der Partei Partia Demokratike e Kosovës (PDK), vor das Sondergericht in Den Haag (Special Chambers) für Kriegsverbrechen, die zwischen 1. Januar 1998 und 31. Dezember 2000 im Kosovo verübt wurden. Eine wichtige erste Entscheidung hat jedoch die neue Hoti-Regierung bereits am 6. Juni 2020 getroffen, nämlich die Suspendierung des Zollsatzes von 100 Prozent auf serbische und bosnische Importe. Damit besteht die Hoffnung, dass nunmehr die serbisch-kosovarischen Gespräche (sogenannte „Brussels Talks“) wieder aufgenommen werden.

Seit März 2011 vermittelt die EU, die bis Ende November 2019 durch die vormalige Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, vertreten wurde, in Gesprächsrunden zwischen Kosovo und Serbien. Diese sollen zu einem Abkommen führen, das eine faktische Anerkennung der Selbstständigkeit des Kosovo durch Serbien beinhaltet, um beiden Ländern den Zugang zur Mitgliedschaft in der EU zu ermöglichen. Die EU möchte verhindern, dass noch einmal ein Beitrittsland, hier Serbien, eine ungelös-

te Territorialfrage wie im Falle Zyperns in die Gemeinschaft einbringt und diese damit zu einem Problem der gesamten EU macht. Das Kosovo andererseits kann nur als anerkannter Staat eine Mitgliedschaft beantragen. Die Frage ist aber, ob die fünf Mitgliedstaaten, die das Kosovo bislang noch nicht anerkannt haben, sich dann zu einer Anerkennung des Kosovo durchringen könnten, falls Serbien das Kosovo faktisch anerkennt. In den bisherigen neun Jahren wurden im Laufe verschiedener Verhandlungsrunden zwar zunächst einige Vereinbarungen unterzeichnet<sup>1</sup>, jedoch haben sich vor allem in zwei Bereichen verhärtete Standpunkte aufgebaut, die das Zustandekommen eines endgültigen Abkommens verhindern: Belgrad beschuldigt Pristina, die vereinbarte Gemeinschaft der Gemeinden mit serbischer Bevölkerungsmehrheit nicht zu institutionalisieren. Pristina beklagt, dass Serbien die Teilnahme und Vertretung des Kosovo in internationalen Organisationen, ebenfalls entgegen einem grundsätzlichen Übereinkommen, verhindert und verstärkt diplomatische Anstrengungen unternimmt, um bisherige Anerkennungsstaaten zur Rücknahme der Anerkennung des Kosovo zu bewegen.

Als Pristina am 21. November 2018 die Einführung eines Zollsatzes von 100 Prozent auf alle Importe aus Serbien sowie Bosnien und Herzegowina verkündete, erfolgte prompt die Weigerung Belgrads, den Brüsseler Dialog wieder aufzunehmen. Diese festgefahrene Situation musste der Nachfolger Mogherinis, der Spanier Josep Borrell, beim Antritt der neuen Europäischen Kommission übernehmen. Zwischenzeitlich hatte jedoch bereits am 4. Oktober 2019 US-Präsident Donald Trump den US-amerikanischen Botschafter in Deutschland, Richard Grenell, zum Sondergesandten für die Gespräche zwischen Serbien und dem Kosovo ernannt. Trump zeigte damit, dass Washington nunmehr aktiv in die bisherigen Brüsseler Gespräche eingreifen wolle, was in Brüssel als politische Bloßstellung aufgenommen wurde und auf entsprechend negative Reaktionen stieß. Borrell entschied sich, die serbisch-kosovarischen Gespräche nunmehr nicht selbst zu moderieren, sondern beauftragte Miroslav Lajčák, den vormaligen slowakischen Außenminister (2012–2020), sich als Sonderbeauftragter für den Westlichen Balkan speziell um die Fortführung der Brüsseler Gespräche zu kümmern. Die Dauer des Mandats von Lajčák reicht vom 1. April 2020 bis 31. März 2021. Die Wahl von Lajčák wurde in Pristina mit Skepsis und deutlicher Zurückhaltung aufgenommen, nachdem nunmehr sowohl Borrell als auch er aus Staaten kommen, die das Kosovo bisher nicht anerkannt haben. Der kosovarische Präsident Hashim Thaçi erklärte in einem Interview sogar ausdrücklich, dass er mit Lajčák nicht kooperieren werde, weil dieser die Unabhängigkeit des Kosovo nicht anerkenne.<sup>2</sup> Prompt lud Richard Grenell am 27. Juni 2020 Vertreter des Kosovo und Serbiens zum Dialog nach Washington ein. Ein bewusster Affront für die EU. Das Treffen wurde zunächst verschoben und fand dann am 3. und 4. September 2020 statt.<sup>3</sup>

### Weiterführende Literatur

Christian Schwarz-Schilling: Es gibt keine Westbalkan-Lösungen ohne die USA, 7.8.2020, in: Deutsche Welle.

---

1 Franz-Lothar Altmann: Kosovo, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2019, Baden-Baden 2019, S. 409–410.

2 Interview mit dem Sender T7 am 3. Juni 2020. Am 16. Juni 2020 besuchte Lajčák erstmalig Prishtina und hatte ein kurzes Gespräch mit Thaçi.

3 Michael Martens: Was will Amerika von Serbien und vom Kosovo, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung online, 4.9.2020.